



Schulen brauchen Lehrkräfte und Netzwerke

Südbaden. Noch ist die neue Regierung nicht richtig warmgelaufen, schon wird um Geld für neue Posten geschachert, das im Bildungsbereich deutlich besser angebracht wäre. Diese Meinung vertritt der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Südbaden, Christoph Wolk (Freiburg). Auf der Wunschliste der Regierung stehen 220 neue –größtenteils hochdotierte- Stellen, die in die Ministerien und die Verwaltung fließen sollen, dem steht die Forderung des VBE nach 4700 mit der Sonderpädagogik vertrauten Lehrkräften gegenüber, die notwendig sind, um das Zwei-Pädagogen-Prinzip im inklusiven Unterricht flächendeckend durchzuführen. „Die Regierung kann sich verbal winden, wie sie sich will, die Inklusion wird -von den Regierungen forciert- umgesetzt und alle Schülerinnen und Schüler, nicht nur die inklusiv beschulten, haben ein Recht auf optimale Förderung. Und diese kann von Regelschulen nur geleistet werden, wenn die Lehrerversorgung und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte stimmig sind.“ Wolk forderte außerdem die Verbesserung des Netzwerkes um die Unterrichtenden herum: Auch bei nur schwerpunktmäßiger Besetzung von Stellen für Sozialarbeitern, Schulpsychologen und medizinischer Assistenz gibt es bei rund 4.100 allgemeinbildenden Schulen einen Personalbedarf von zirka 2.000 zusätzlichen Stellen.



Dr. Christoph Wolk
Vorsitzender
VBE Südbaden

Der VBE Südbaden ist grundsätzlich der Meinung, dass die Politik der Personalverknappung vor allem im letzten Jahrzehnt dazu geführt hat, dass es in den Schulen an allen Ecken und Enden an Personal fehlt. Der neue Bildungsplan, neue Unterrichtsmethoden, erweiterte Ansprüche an Schulleistungen, all das kann nicht kostenneutral erreicht werden, ist Wolk überzeugt. Schon gar nicht deshalb, weil eine zu Schuljahresbeginn gerade noch ausreichende Lehrerversorgung bereits nach wenigen Schulwochen zu Unterrichtsausfall führen muss. Die Schulpolitiker vertrauen darauf, dass die Lehrkräfte den Schulbetrieb am Laufen halten. Dabei übersehen sie, dass das dauernde Fahren von Volllast nicht nur der Qualität des Unterrichts, sondern auch der Lehrergesundheit abträglich ist. Wolk: „Anspruch und Schulwirklichkeit klaffen deshalb weit auseinander. Die Politik muss zu einer ehrlichen Lehrerversorgung zurückfinden, die auf Fakten und nicht auf Wunschdenken beruht.“

Der VBE: Es ist völlig verkehrt, im Bildungsbereich blind darauf zu vertrauen, dass es schon irgendwie gehen wird. Die Regierung stellt Anforderungen und gibt Ziele vor. Aber ebenso hat sie die Verpflichtung, für die Umsetzung dieser Arbeit die notwendigen Rahmenbedingungen herzustellen.